

Libérale Perspektiven für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen

Mittelstand und Industrie brauchen beste Rahmenbedingungen

Die FDP hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung bis 2010 konsequent an der marktwirtschaftlichen Erneuerung Nordrhein-Westfalens gearbeitet. Mit dem klaren ordnungspolitischen Kompass „Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen“ haben wir eine Modernisierungsstrategie für unser Land verfolgt, die zu beachtlichen Erfolgen geführt hat. Nordrhein-Westfalen kann wieder Schritt halten mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet und ist außerordentlich gut aus der Wirtschaftskrise herausgekommen. Unsere Wirtschaftspolitik hat dazu beigetragen, dass die Unternehmen wieder Vertrauen in den Wirtschaftsstandort NRW gefasst, investiert und neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

Für die FDP stehen die 763.000 kleinen und mittleren Unternehmen im Zentrum der Wirtschaftspolitik. Sie stellen 70 Prozent der Arbeitsplätze und über 80 Prozent der Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen und sind damit die tragende Säule unserer Volkswirtschaft. Zugleich ist Nordrhein-Westfalen ein überaus attraktiver Standort für Großunternehmen und die stärkste Industrieregion Europas. 19 der 50 umsatzstärksten deutschen Unternehmen haben bei uns ihren Sitz. 19,6 Prozent der Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen sind im Industriesektor beschäftigt – bei großen Unternehmen von Weltrang ebenso wie bei kleineren Unternehmen, die in ihren Geschäftsfeldern führend sind.

Die FDP hat in ihrer Regierungsverantwortung alles dafür getan, der Wirtschaft insgesamt bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten. Dabei hat sie ins Kalkül gezogen, dass in Nordrhein-Westfalen insbesondere die Industrie starke Impulse für Wachstum und Innovationen gibt. Wir möchten, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft seine Chancen als Industriestandort nutzen kann, um vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Dafür brauchen die Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen sowie Planungssicherheit für Investitionen in industrielle Großvorhaben und Infrastrukturprojekte. Vorhandene Investitionshemmnisse müssen identifiziert und wo möglich beseitigt werden.

Rot-Grüne Politik der De-Industrialisierung Nordrhein-Westfalens

Während die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mit der FDP in der Landesregierung einen verlässlichen Partner an ihrer Seite wussten, hat Rot-Grün in kürzester Zeit erhebliches Vertrauen der NRW-Wirtschaft in die Politik verspielt. Führende Wirtschaftsvertreter beschwerten sich inzwischen öffentlich und mit deutlichen Worten über die Wirtschafts- und Industriepolitik der Regierung Kraft. Sie vermissen ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen und beklagen eine zunehmende Blockadepolitik gegenüber industriellen Großvorhaben und Infrastrukturprojekten. Ob neue Braun- oder Steinkohlekraftwerke, Pipelines, Strom-Freileitungen, Gelände für flächenintensive Großvorhaben, der Ausbau des NRW-Straßennetzes oder die Entwicklung unserer Flughäfen – seit die Grünen in der Regierung sind, werden Investitionen in den Standort Nordrhein-Westfalen systematisch blockiert. Mit Verunsicherung und Panikmache schüren die Grünen die Ängste der Menschen, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Der Verlust von Arbeitsplätzen, Wohlstand und sozialer Sicherheit in unserem Land wird dabei billigend in Kauf genommen.

Auf die Spitze getrieben wird die grüne Politik der De-Industrialisierung mit dem geplanten Klimaschutzgesetz. In der bislang vorgesehenen Form wäre es ein Frontalangriff auf das Industrieland NRW und würde viele Tausend Arbeitsplätze im industriellen Sektor gefährden. Als einziges Bundesland sollen in NRW verbindliche Klimaschutzziele festgelegt und als Ziele der Raumordnung in der Landesplanung verankert werden. Unabhängig von der Frage, ob eine solche Regelung verfassungsrechtlich überhaupt zulässig ist, wären die Auswirkungen solcher Vorgaben verheerend. Bei jeder Industrieansiedlung, die Energie verbraucht oder CO₂ emittiert, müsste nachgewiesen werden, dass sie nicht den Klimaschutzzielen widerspricht. Dies würde faktisch dazu führen können, dass keine Industrieansiedlung in Nordrhein-Westfalen mehr möglich ist, wenn sie nicht CO₂-neutral ist. Im Standortwettbewerb mit anderen Bundesländern wäre Nordrhein-Westfalen damit künftig chancenlos.

Die FDP ist der Auffassung, dass Klimaschutz nur global und nicht regional und nur mit und nicht gegen die vielfach mittelständisch geprägte Industrie in NRW funktionieren kann. Wer den Ausstoß von Treibhausgasen wirksam einschränken will, der muss gemeinsam mit der Wirtschaft Strategien entwickeln, so wie dies in unserer Regierungszeit im Rahmen des Dialogs „Wirtschaft und Umwelt“ erfolgreich praktiziert wurde.

Rot-grüne Steuererhöhungsorgie

Der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen drohen unter der Linksregierung Steuererhöhungen an allen Fronten:

- ⇒ Eine massive Mehrbelastung erfahren die nordrhein-westfälischen Unternehmen in Kürze durch die Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes. Während die FDP in der Landesregierung 2009 durchgesetzt hatte, dass die Wassersteuer schrittweise abgesenkt und schließlich bis spätestens zum 31. Dezember 2018 abgeschafft wird, kommt nun eine Erhöhung um rund 39 Prozent pro Kubikmeter. Bei der Kühlwassernutzung ist sogar ein Aufschlag von rund 67 Prozent pro Kubikmeter vorgesehen. Dabei hat Nordrhein-Westfalen weder ein qualitatives noch ein quantitatives Problem mit der Wasserversorgung. Insofern ist ein höheres Wasserentnahmeentgelt sachlich nicht zu rechtfertigen. Eine Lenkungswirkung wird selbst von der Landesregierung nicht mehr dargelegt. Letztlich geht es also nur darum, Einnahmen für den maroden Landeshaushalt zu erzielen. Für die Wirtschaft und die Verbraucher führen diese Abgabensteigerungen hingegen unweigerlich zu Preiserhöhungen bei der Wasser-, aber auch bei der Stromversorgung.
- ⇒ Eine neue Belastung für die Wirtschaft, aber mittelbar auch für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist die geplante Erhebung eines Kieseuros. Den überwiegend mittelständisch geprägten Betreibern von Kiesanlagen droht eine künstliche Verteuerung ihrer Produkte zwischen 10 und 20 Prozent. Eine solche Preiserhöhung ist im Wettbewerb mit den Nachbarländern NRWs, die allesamt keine Zusatzabgabe erheben, weder für die Abbauunternehmen noch für deren Kunden zu verkraften. Zudem muss auch hier die Lenkungswirkung einer solchen Abgabe stark bezweifelt werden. Da bereits heute in den Auskiesungsgenehmigungen die Renaturierung bzw. Folgenutzung verbindlich festgelegt ist, wäre eine zusätzliche finanzielle Belastung der mittelständischen Betriebe unredlich. Vielmehr ist es geboten, die Folgenutzungen besser zu koordinieren und nach ökologischen und touristischen Kriterien auszurichten.
- ⇒ Im Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 ist eine Erhöhung der fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer enthalten. Drei von vier Kommunen liegen derzeit mit ihren Hebesätzen unter dem Niveau der neuen fiktiven Sätze. Um beim Finanzausgleich und der Kreisumlage nicht benachteiligt zu werden, wird eine Erhöhung aus ihrer Sicht unumgänglich sein. Damit droht den Unternehmen eine spürbare Erhöhung ihrer Steuerbelastung. Kommunen, die mit niedrigen Hebesätzen eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik betrieben haben, werden bestraft.
- ⇒ Um ihre unseriösen Wahlversprechen zu finanzieren und dabei unbequeme Ausgabenkürzungen zu vermeiden, will die rot-grüne Landesregierung die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent anheben. Dies würde die Käufer von Immobilien und Grundstücken im laufenden Jahr noch mit 150 Millionen Euro und künftig jährlich mit rund 400 Millionen Euro belasten. Gerade für junge Familien ist der Traum vom Eigenheim dann häufig ausgeträumt.

Auch die Wiedereinführung der Jagdsteuer und die Neueinführung einer Bettensteuer zeigen: Das Abkassieren der Unternehmen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ist rot-grünes Regierungsprogramm. Ziel der FDP dagegen ist es, den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern und Bagatellsteuern konsequent abzuschaffen.

Für eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung der Zukunft

Eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung bildet das Rückgrat, das für eine moderne Wirtschaft notwendig ist, um sich in einem globalisierten Markt wettbewerbsfähig bewegen zu können. Die letzten Jahrzehnte waren durch eine beispiellose Sicherheit in der Energieversorgung gekennzeichnet. Dies ist einer der wichtigsten Wettbewerbsvorteile Deutschlands. Die Sicherheit, dass zu jeder Tages- und Nachtzeit Strom verfügbar ist, muss deshalb unbedingt auch Grundlage für den anstehenden Umbau unserer Energieversorgung sein.

Auch vor den schlimmen Ereignissen in Fukushima war klar, dass die Kernkraft in Deutschland nur eine Übergangstechnologie sein wird. Keine nennenswerte politische Kraft in Deutschland glaubt an einen sofortigen Ausstieg, wie auch niemand an einen Neubau von Kernkraftwerken denkt. Während des von der Bundesregierung beschlossenen Moratoriums müssen die Sicherheitsanforderungen für die deutschen Kernkraftwerke überprüft und neu formuliert werden.

Bei der Neugestaltung der Zukunft der deutschen Energieversorgung muss eine umfassende Debatte über die Entwicklung des Energiemix bis ins regenerative Zeitalter geführt werden. Dabei gilt es, Folgen und Voraussetzungen der jeweiligen Entscheidungen mit Augenmaß zu beachten. Vertretbare Energiepreise sind

nur durch einen funktionierenden Wettbewerb realisierbar. Insbesondere ist ein gesteigertes Energieangebot bei mehr Energieanbietern erforderlich. Wir wollen eine kürzere Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ermöglichen. Dazu müssen aber auch die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Erneuerbare Energien tragen im Augenblick rund 16 Prozent der Energieversorgung. Um diesen Anteil in den nächsten Jahren erheblich zu steigern, müssen die Investitionen vor allem in die Technologien fließen, die volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich am sinnvollsten sind. Potentiale sehen wir daher vor allem bei der Windkraft im Offshore-Bereich. Beim Ausbau im Binnenland gilt es, dem Anwohnerschutz und der Akzeptanz der Bevölkerung durch Beachtung der kommunalen Planungshoheit umfassend Rechnung zu tragen.

Auch im Bereich der Biomasse gibt es Potentiale, die noch ausgebaut werden können. Um aber die zunehmende Vermaischung der Landschaft und die Konkurrenz zur Lebensmittelgewinnung in Grenzen zu halten, brauchen wir zusätzliche Forschung und es müssen Reststoffe wie Gülle, Stroh oder Grünschnitt genutzt werden. Auch der Einsatz von geothermischen Anlagen zur Energiegewinnung muss gründlich erforscht werden, um Potentiale konsequent zu nutzen. Dies kann auch durch die Einbeziehung von stillgelegten Bergwerken im Ruhrgebiet erfolgen. Damit hätte gerade NRW eine interessante Perspektive zur Nutzung von geothermischen Potentialen. Auch die Photovoltaik ist eine technologische Schlüsselindustrie, deren Entwicklungschancen weiter gezielt gefördert und genutzt werden müssen.

Vor allem der zügige Ausbau der Leitungsnetze ist notwendig, um Strom aus dem windreichen Norden in die Energieverbrauchscentren im Westen und Süden zu bringen. Nach den Schätzungen der deutschen Energieagentur sind dazu rund 3.600 km zusätzliche Hochspannungsleitungen notwendig. Hochspannungsleitungen sollen zukünftig verstärkt unterirdisch verlegt werden (380kV, 110kV). Moderne Netze müssen intelligent ausgestattet werden, damit sie besser geeignet sind, die stark schwankenden erneuerbaren Energien auszugleichen. Beim Netzausbau gilt es insbesondere drei Herausforderungen zu bewältigen: die Länge der Genehmigungsverfahren, Akzeptanzprobleme vor Ort und die richtigen Investitionsbedingungen. Weiterhin muss auch eine europaweite Strategie bei der Stromversorgung erarbeitet werden. Europa braucht ein stärker vernetztes Stromnetz, damit Fluktuationen verschiedener Energieträger leichter ausgeglichen werden können. Zur Umsetzung der europäischen Strategie „Energie 2020“ sollte auch Deutschland den Ausbau intelligenter Stromzähler als Basis intelligenter Energienetze vorantreiben („Smart Grids“). All das will die Bundesregierung entschlossen angehen. Wir begrüßen die ersten Initiativen des Bundeswirtschaftsministers, mit dem neuen Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus bestehende Hürden im System zu beseitigen.

Gleiches gilt für die Entwicklung und den Ausbau von Speicherkapazitäten. Gerade in diesem wichtigen Bereich muss Deutschland bei der Forschung und Entwicklung vorangehen. Vor allem Potentiale für mögliche Pumpspeicherkraftwerke müssen erschlossen werden. Die Pumpspeichertechnik ist ausgereift und seit vielen Jahren in Nutzung. Auch hier empfiehlt sich eine europaweite Betrachtung, da Deutschland durch seine geografische Lage nur noch geringe Potentiale erschließen kann, während in Skandinavien und der Alpenregion große Potentiale nutzbar wären.

Um den Umbau des Energiesystems schneller zu erreichen, setzen wir auch auf die Verbesserung der Energieeffizienz. Kostengünstige Einsparpotentiale erwarten wir kurzfristig vor allem auch im Wärmemarkt durch den verstärkten Einsatz von Wärmeisolierungstechniken und weiter entwickelten Heiztechniken einschließlich der Anwendung von Solarthermie, Wärmepumpen und Kraft-Wärme-Kopplung.

Ein schnellerer Ausstieg aus der Kernkraft wird unweigerlich den Bau von neuen Kohlekraftwerken erforderlich machen. Sie müssen ohnehin veraltete ineffiziente Kohlekraftwerke ersetzen. Diese werden noch lange für den Übergang ins kernkraftfreie Zeitalter gebraucht. Wenn wir dennoch die ehrgeizigen Klimaziele erreichen wollen, so muss deshalb gerade wegen der Beschleunigung des Kernkraftausstiegs das Kraftwerkserneuerungsprogramm konsequent umgesetzt werden. Denn hochmoderne neue Kohlekraftwerke sparen rund 30 Prozent CO₂ und tragen deshalb zum Klimaschutz bei. Grundsätzlich werden flexible Gaskraftwerke und eine dezentrale Energieerzeugung mit hohen Wirkungsgraden wie z.B. bei der Kraft-Wärme-Kopplung an Bedeutung gewinnen. Haben wir nicht die neuesten, modernsten und damit saubersten Kraftwerke der Welt in Nordrhein-Westfalen, so wird das dazu führen, dass alte ineffiziente Anlagen über die Rentabilitätsschwelle gehoben werden oder der Import aus weniger sicheren Kernkraftwerken im Ausland preiswerter möglich ist. Beides sind keine wünschenswerten Alternativen.

Auch die Grünen müssen in der Energiepolitik endlich die Realitäten anerkennen und ihre Blockade in der

Landesregierung gegen das modernste Kohlekraftwerk der Welt in Datteln aufgeben. Wir brauchen die Braunkohle im Zweifel auch in Zukunft als Stützpfeiler in der Grundlast. Braunkohle ist heute der einzige heimische Energieträger, der wettbewerbsfähig und ohne staatliche Subventionen verstromt wird. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Braunkohlekraftwerke effizienter und sauberer werden. Hierzu muss weiter erforscht werden, ob CO₂ stärker als bisher für die Nutzung als chemischer Rohstoff genutzt werden kann. Dies könnte beispielsweise durch Verwertung von CO₂ auf der Grundlage von biotechnologischen Methoden (z.B. mittels photosynthetischen Prozessen unter Nutzung von Algen) oder durch die Abscheidung und Speicherung von CO₂ bei der Verstromung von Braunkohle sicher und wirtschaftlich sinnvoll erfolgen.

Ausbau der Breitbandinfrastruktur

Moderne Kommunikationsnetze sind zentrale Faktoren in regionalen und internationalen Standortwettbewerb. Die Bundesregierung hat sich auch den beschleunigten Ausbau breitbandiger Telekommunikationsnetze zum Ziel gesetzt. Die Neuverlegung von (Glasfaser-) Leitungen ist aber mit hohen Kosten verbunden. Insofern sollte ein Mitnutzungsanspruch vorhandener Infrastrukturen der Versorgungswirtschaft (z.B. Kabelkanäle/Leerrohre der Stadtwerke, Energie-, Wasser- oder Gasversorger) vorgesehen werden.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar

Auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen bildeten sich im vergangenen Jahr über 57.000 Staus mit einer Gesamtlänge von 135.300 km. Dies entspricht einer durchschnittlichen Länge von 370 km pro Tag. Damit ist NRW Stauland Nummer Eins in Deutschland. Die Staubelastung wird in Zukunft noch dramatisch anwachsen: Prognosen zufolge steigt der Personenverkehr auf der Straße auf mittlere Frist um rund ein Fünftel, der Straßengüterverkehr sogar um mehr als zwei Drittel. Auf den zentralen Achsen in NRW wird der Anstieg des Güterverkehrs sich weit mehr als verdoppeln. Für Nordrhein-Westfalen bedeuten die täglichen Staus den Verlust wertvoller Arbeits- und Freizeit, zusätzliche Kosten für Unternehmen sowie milliardenschwere ökologische und ökonomische Schäden. Ein modernes und leistungsfähiges Verkehrssystem ist deshalb unverzichtbare Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land sowie für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.

Nach den verkehrspolitischen Weichenstellungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird der Neu- und Ausbau von Straßen in Nordrhein-Westfalen faktisch zum Erliegen kommen. So werden die Haushaltsmittel für den Landesstraßenbau zugunsten des Straßenerhalts umgeschichtet. Finanziert werden nur noch solche Projekte des Landesstraßenbedarfsplans, für die zum Zeitpunkt des Abschlusses der rot-grünen Koalitionsvereinbarung rechtskräftiges Baurecht bestand. Zudem soll bei allen „in der Region umstrittenen Vorhaben des Bundesfern- und Landesstraßenbaus“ sichergestellt werden, dass Untersuchungen zu Alternativen und anderen Netzlösungen beauftragt werden. Lückenschlüsse und Umgehungsstraßen, auf die die Bürger zum Teil schon seit Jahrzehnten warten, fallen so der grünen Blockadepolitik zum Opfer.

Für die FDP ist der bedarfsgerechte Aus- und Neubau von Straßen eine wichtige Aufgabe, um Staus zu vermeiden und die Bürger in chronisch verstopften Ortslagen wirksam zu entlasten. Dies schont zugleich die Umwelt, indem jährlich vier Millionen Liter Kraftstoff und die entsprechende Menge an CO₂ eingespart werden könnten. Die rot-grüne Landesregierung muss deshalb ihre ideologisch motivierte Politik gegen den Straßenbau umgehend beenden. Straßenbauprojekte des Bundesfernstraßenbedarfsplans und des Landesstraßenbedarfsplans, für die sowohl die verkehrliche Notwendigkeit als auch der volkswirtschaftliche Nutzen gesetzlich festgestellt wurden, dürfen nicht in Frage gestellt werden. Durch eine zügige Planungsvorbereitung muss die Kontinuität der Bauprogramme im Bereich der Bundesfern- und Landesstraßen sichergestellt werden. Ein Investitionsstau wie in der rot-grünen Regierungszeit von 1995 bis 2005, als verfügbare Bundesmittel nicht in Nordrhein-Westfalen investiert werden konnten, weil es keine baureifen Projekte gab, darf sich nicht wiederholen.

Die FDP fordert weiterhin einen bedarfsgerechten Ausbau der Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. An vielen Stellen sind die Netze bereits heute an Kapazitätsgrenzen angekommen; die häufigen Verspätungen im Bahnverkehr finden ihre Ursache gerade auch in diesen Engpässen und den dadurch entstehenden Behinderungen auf den wichtigen Bahnstrecken. Im Zuge der Priorisierung des Güterverkehrs durch europäische Güterverkehrsvorrangstrecken und des zunehmenden Wettbewerbs im Personenfernverkehr wird sich diese Belastung der Schieneninfrastruktur weiter verstärken. Das Land muss daher dringend auch für den notwendigen Ausbau der wichtigen Engpässe sorgen (so z.B. Bahnknoten Köln, Strecke Düsseldorf-Duisburg, Schienenverbindung Oberhausen-Emmerich, Eisener Rhein und Bahnknoten Hamm).